



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

29 (19.1.1932) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-366383](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-366383)

Neue Mannheimer Zeitung

Bezugspreis: Drei Monate 2,70 Mark, halbes Jahr 5,40 Mark, ein Jahr 10,80 Mark, in weiteren Geschäftsjahren abwärts 12 Pf. durch die Post 2,70 Mark, in weiteren Geschäftsjahren abwärts 12 Pf. durch die Post 2,70 Mark, in weiteren Geschäftsjahren abwärts 12 Pf. durch die Post 2,70 Mark.

Mannheimer General-Anzeiger

Berlin, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-6. - Fernsprecher: Sammelnummer 249 41
Postfach-Numm: Karlstraße Nummer 175 96. - Telegramm-Adresse: Remage 11 Mannheim

Einzelpreis: Im Anzeigenblatt 10 Pf. - 40 die 30 mm breite Kolonnenzeile; im Restmetert 2 Pf. die 70 mm breite Zeile. Für in Vorauszahlung bezahlende Familien u. Gelegenheits-Anzeigen besonders Preise, Abnat nach Tarif. - Kleinstabonnent 10 Pf. - Für den Abdruck von Anzeigen in bestimmten Rubriken, zu besonderen Bedingungen und für telefonische Aufträge keine Gewähr. - Geschäftsbank Mannheim.

Mittag-Ausgabe

Dienstag, 19. Januar 1932

143. Jahrgang - Nr. 29

Verschiebung der Lausanner Konferenz

Weil man nach Ansicht der französischen Regierung gegenwärtig unmöglich zu einer endgültigen Lösung des Tribut- und Kriegsschuldenproblems gelangen könne

Navas-Erklärung

Telegraphische Meldung

Paris, 18. Jan.

In einer sichtlich offiziellen Charakter tragenden Auslassung erklärt die Agentur Navas unter Hinweis auf die gegenwärtig zwischen den am Hauptplan interessierten Mächten geführten diplomatischen Verhandlungen und insbesondere dem zentralen Besuch des deutschen Botschafters bei Ministerpräsident Navas:

Wegen der Wahlen, die im Laufe des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden sollen, verdrängt sich in den interessierten internationalen Kreisen immer mehr die Ansicht, daß man gegenwärtig unmöglich zu einer detaillierten endgültigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gelangen kann. Man sieht jetzt in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 1. Juli 1932 als laufende Hoover-Moratorium lediglich zu erneuern und unter gleichen Bedingungen für sechs Monate oder ein Jahr zu verlängern.

Gleichzeitig würden die europäischen Schuldner der Vereinigten Staaten, die Gläubigeransprüche an Deutschland haben, in einer gemeinsamen Erklärung für ihre Rechnung von der amerikanischen Regierung als Bedingung und während der Dauer des neuen Deutschland zu bewilligenden Hoover-Moratoriums gleiche Behandlung fordern.

Wenn die Verhandlung auf dieser Grundlage zwischen den Interessierten des Hauptplans auf diplomatischem Wege erzielt werden kann, wird die Lausanner Konferenz vorläufig gegenstandslos werden, da der Kern des Problems nicht vor Ablauf des Jahres von den interessierten Regierungen erledigt werden wird. Unter diesen Umständen könnte eine Zusammenkunft von Finanzfachverständigen für die Ausarbeitung eines zwecks Stillweigernder Verlängerung des laufenden Hoover-Moratoriums notwendigen Abkommens genügen.

Pariser Versuchsballett

Drahtung unserer Pariser Korrespondenten
Paris, 19. Jan.

Die politischen Gepränge der französischen Hauptstadt bewegen sich ausschließlich um die Fortsetzungsmöglichkeiten der Regierungskonferenz von Lausanne. Die schon angekündigte, wird Ministerpräsident Navas in seiner heutigen Regierungserklärung vor der Kammer die Haltung Frankreichs zum Reparationsproblem klar und klar umreißen und für eine kurze Verlängerung des Hoover-Moratoriums ausprechen.

Das Problem der Konferenzverschiebung beschäftigt, wie von französischer Seite angegeben wird, jetzt auch

die beiden Staatsmänner Navas und v. Weizsäcker

als sie in einer längeren Aussprache die Konferenzvorbereitungen erörterten. Es soll in der Unterhaltung zum Ausdruck gekommen sein, daß sich die Lausanner Konferenz ohne Schwierigkeiten in eine Höhe Ministerpräsident Navas über schwerwiegendste Angelegenheiten verwandeln könne, deren einzige Aufgabe es schließlich sei, die bereits heute von allen interessierten Mächten genehmigte Verlängerung des Hoover-Moratoriums offen auszusprechen.

Nach den in Paris herrschenden Ansichten würde die Vertagung der Lausanner Konferenz von London und in die Wege geleitet werden.

Dazu wäre allerdings zum mindesten eine oberflächliche Einigung zwischen den französischen und den britischen Sachverständigen erforderlich. Die Vorbereitungen zwischen Paris und London sind immer noch nicht beendet. Es ist sehr zweifelhaft, wie in der Umgebung des Finanzministeriums verfuert wird, daß sie überhaupt rechtzeitig abgeschlossen werden können. Zum größten Teil werden Frankreichs würde sich bereits die Situation erschließen.

Daß in Lausanne Paris, London und Rom getrennt marschieren.

In ihrer Zusammenkunft für die Vertagung der Lausanner Konferenz beantragt die französische Regie-

Ein Vorschlag Englands an Deutschland

Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein weiteres Jahr

Drahtung aus Londoner Vertreters
London, 19. Jan.

Der Außenminister Sir John Simon hat die deutsche Regierung wissen lassen, daß England bereit sei, den anderen Gläubigerländern die Verlängerung des gegenwärtigen Reparations-Moratoriums um ein Jahr, d. h. bis zum 1. Juli 1933 vorzuschlagen. Die Durchführung des Gedankens hängt nicht nur von der Stellungnahme der anderen europäischen Gläubigerländer, sondern auch von der Bereitschaft Amerikas ab, seinerseits das Hoover-Moratorium um ein Jahr zu verlängern.

Vorläufig besteht kein Grund an der Annahme, daß zwischen London und Paris bereits Übereinstimmung über den englischen Vorschlag erzielt worden wäre. Im Gegenteil, nicht nur die Fänge des neuen Moratoriums, sondern vor allem seine Bedingungen werden auf diplomatischem Wege noch hart umkämpft. Die englische Regierung hat sich bisher noch auf keinen Vorschlag festgelegt, obwohl der Gedanke der Vertagung der langfristigen Reparationszahlung sehr als akzeptiert gelten kann. Inoffizielle Warter Meldungen deuten, die ganze Welt könne jetzt ebenmäßig auf dem üblichen diplomatischen Wege geleitet werden.

Die europäische Presse hat vor allem das Argument, daß das Hoover-Moratorium auch die amerikanischen Schuldnerstaaten von größeren Zahlungen bis zum Dezember befreit. Da Deutschland andererseits nach Regelung der kurzfristigen Bankschulden ebenfalls aller dringenden Schwierigkeiten für die nächste Zukunft entbunden sei, würde es nach Ansicht Frankreichs ohne weiteres einer Konferenzverschiebung zustimmen können.

Der „Petit Parisien“, das Sprachrohr der französischen Regierung, bringt noch einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck,

daß Frankreich in keine Änderung des Hoover-Moratoriums einwilligt, ohne vorher das amerikanische Schuldensystem geregelt zu haben.

Die europäischen Gläubigerstaaten sind durchaus mit ihrem deutschen Schuldner einig, räumt das Blatt ein, aber die Gläubigerstaaten Deutschlands sind in ihrer Bewegungslosigkeit gebunden durch den Joang, ihre Zahlungen an die Vereinigten Staaten ausschließlich in ihrem Kapital vornehmen zu müssen. Der amerikanischen Seite lege Frankreich die eigene gegenüber, die darin besteht, daß keine Regelung des internationalen Schuldensystems zwischen den Gläubigern möglich ist, bevor diese nicht von den Vereinigten Staaten eine restlose Behandlung durchgeführt haben. Der „Petit Parisien“ stellt fest

Zu den Besprechungen Laval-Hoesch

Paris, 19. Jan.

Zu der gestrigen Unterredung des deutschen Botschafters von Hoesch mit Ministerpräsident Navas erklärt „Journal“:

Die heutige Fühlungnahme zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Botschafter zeigt zumehr die Aufmerksamkeit auf sich, als man behauptet hat, daß der deutsche Botschafter beauftragt gewesen sei, dem französischen Ministerpräsidenten schriftliche Erklärungen über die genaue Bedeutung der Erklärungen des deutschen Reichsstaatslers zu überbringen.

Dagegenüber kann ausdrücklich betont werden, daß der deutsche Botschafter kein Memorandum und keine Aufzeichnungen irgendwelcher Art überreicht hat, die den Standpunkt der Reichsregierung darstellten lassen, was auch ganz natürlich ist, da dem französischen Botschafter Poncelet zwei Tage vor dem englischen Botschafter Humboldt der Standpunkt der Reichsregierung klar und klar bekanntgegeben worden ist. Es hat sich lediglich — nach Angehörigen des englisch-französischen Pressebundes ganz natürlich erscheint — um einen Meinungsaustrausch über die Konferenz von London gehandelt, bezüglich deren bekanntlich die Reichsregierung in auch ein Wort zu sagen und eine Meinung zu äußern hat. Im übrigen braucht sich

nachdem man sich darüber geeinigt habe, daß eine umfassende Regelung zur Zeit nicht möglich sei.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meint, es sei möglich, das Reparationsproblem in den engen Grenzen, die ihm Frankreich gezogen habe, während der Abrüstungskonferenz in Genf nebstbei zu erledigen. Im Gegensatz dazu fordert die „Financial Review“ die Regierung auf,

sich der Erprobung der Konferenz durch Frankreich zu widersetzen und die Lausanner Zusammenkunft auch in Abwesenheit der französischen Delegierten abzuhalten.

Die Konferenz könne durchaus in einer gewissen Übereinstimmung kommen und damit Frankreich vor eine vollendete Tatsache stellen.

Es versteht sich, daß solche Rückschlüsse bei der englischen Regierung kein Glück finden, da diese nach wie vor von der Notwendigkeit eines Zusammengehens mit Frankreich durchdrungen ist. Das Kabinett wird heute zusammentreten, um wiederum die Reparationsfrage zu besprechen. Weiterhin erklärt Macdonald den Besuch mehrerer führender Bankiers, darunter Sir Josiah Stamp und Mac Kenzie.

Die Fortsetzung der von Deutschland auch im Fall einer amerikanischen Schuldentriegung auf jeden Fall weiterzahlenden unbedingten Jahresleistungen folgenhermaßen vor:

Deutschland habe gegenüber seinen Hauptgläubigern Frankreich, Großbritannien und Jugoslawien eine sehr aktive Handelspolitik. Der „Petit Parisien“ schließt nun einfach vor, die Reparationsansprüche aus den Deutschland zufallenden Exporteinnahmen zu decken. Mit einer derartigen Regelung würden Deutschland und die früheren Kreditoren einen Beweis ihrer Verbündeltumsbereitschaft ablegen. Das Blatt glaubt, daß die von ihm angenommene Lösung für Deutschland durchaus tragbar sein müsse. Niemand in Frankreich würde den Untergang Deutschlands

Die Reichsregierung wird sich auf eine derartige Regelung nicht einlassen können,

die ebensowenig ein Definitivum darstellen würde, wie alle bisherigen Reparationsverträge. Es ist auch kaum zu erwarten, daß die französischen Wirtschaft- und Exportfreie eine derartige Begünstigung des deutschen Aufstrebens zulassen würden, denn nur aus einem aktiven Außenhandelsüberschuss Deutschlands wäre es ja möglich, die Zahlungen an Frankreich zu leisten.

Sondierungen Laval in USA

London, 19. Jan.

Nach einer Neutermeldung aus Washington läßt der französische Ministerpräsident Navas gegenwärtig die Auffassung der verantwortlichen Kreise der Vereinigten Staaten über die Möglichkeit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums sondieren.

Die neue österreichische Studentenschaftsordnung

Wien, 19. Jan.

Der Bundesminister für Unterricht hat gestern die Vorlage über eine Studentenschaftsordnung an den hochwürdigen den Präsidenten des Nationalrats überreicht. Nach dem Entwurf können die Studierenden jeder an einer Hochschule vertretene Nation einen Verein von nationalitätenspezifischer Zusammensetzung bilden. Alle Studentenschaften genießen volle Gleichberechtigung.

Die Mahnung des 18. Januar

Groener spricht im Rundfunk

Die Reichsregierung gedachte des gestrigen 61. Geburtstag des Reiches durch eine Rundfunkansprache des Reichsministers Dr. Groener, die über fünfzig Millionen Sender verbreitet wurde. Groener führte u. a. aus:

„Wiederum kämpft das deutsche Volk um seine Rettung aus tiefer Not, um seinen Wiederaufstieg als große Nation. Dabei stehen weniger die materiellen Güter auf dem Spiele als vielmehr die geistigen und moralischen Kräfte. Eine geistige Wiedergeburt aber kommt nicht von ungefähr und nicht von außen. Die Wurzel dieser Erneuerung liegt in der Vergangenheit. In der Pflege der geistigen Erbschaften unserer Väter liegt die Voraussetzung für unsere Rettung und für den nationalen Wiederaufstieg.“

Zwei Jahre gehalten haben auf dem Wege von dem Verfall des 1871 hermit, Bismarck und sein förmlicher Herr, Wilhelm I. Dieser historische Wechsels zu gedenken, ist ein Gebot vaterländischer Pflicht. Durch diese beiden Persönlichkeiten ist die Einheit des deutschen Volkes verwirklicht worden. Im gleichen Spielhause von Verfall wurde, und 1918 seiner Vertiefung ausgenommen, dessen politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten und Unruhmacht nicht nur für unsere beststellte Notlage, sondern auch die der ganzen Welt verantwortlich sind. Und doch konnte die demütigende Szene vom 18. Juni 1918 dem Einzugsbericht vom 18. Januar 1871 nicht anhaben. Das Band, das die Reichsgründung um das deutsche Volk geschlossen, war für das zweite Verfall des unzerbrechbar. Erhöhten Dankes dürfen wir daher trotz allem Wägen der Gegenwart des Reichsgründungstages gedenken. Was schwer erringen, hatte in sich die Kraft des Bestandes. Die Einheit des Reiches überhand die Schrecken des Weltkrieges, das Band des Zusammenbruchs, den Wandel von der Monarchie zur Republik, den Krieg im Frieden, den der Kulturkampf bedeutete. Wo die Einheit des Reiches auf dem Spiele stand, gab es keine Parteien. So soll und muß es bleiben. Der Reichsgründungstag meint alle Volksgenossen, zusammen zu stehen in Brüderlichkeit und Einigkeit. Jetzt mit dem ständigen Streik der Parteien, der unser ganzes Volkleben verunstaltet.

Es muß möglich sein, eine neue Gemeinschaft zu herzustellen,

die auch jene politischen Lager umfaßt, die sich heute als erbitterte Feinde gegenüberstehen. Die einzige Grundlage einer solchen Einigung aber kann nur die Nation sein.

Von dieser Grundlage der nationalen Einheit aus werden sich auch die Probleme lösen lassen, die unser Verfassungsleben anwirft. Es ist ebenso verfehlt, die Verfassung von Weimar in Genuß und Wogen zu verwerfen, wie es für ein unüberwindliches, hartes Joch zu sehen. Organisatorische Durchführung und Entwicklung der Verfassung ist die Aufgabe der politischen Kräfte. Es kommt weniger darauf an, einzelne Verfassungsbestimmungen zu ändern, als sie durch den Geist, in dem sie ausgesprochen wurden, den lebendigen Bedürfnissen des Staates und der Nation anzupassen.

Deutschland wird jetzt auf die Konferenzen von Lausanne und Genf gehen, um kein gutes Recht auf Freiheit und Gleichberechtigung mit anderen Völkern zu erringen. Die historische Bedeutung dieser Stunde verlangt es, daß jeder Deutsche den Reichskanzler und die übrigen Vertreter des deutschen Volkes, die in Lausanne und Genf seine Sache führen, bei ihrem beispiellos schweren Ringen unterstützt.

Vor dem Kampf um die höchsten Rechte des deutschen Volkes (Schutz der Parteienfreiheit)

Wie oft hat unser Reichspräsident aus Einigkeit aufgerufen. Er, der den Reichsgründungstagen im Sozialstaat von Versailles miterlebte, weicht sich auf aufrichtiger Pflichterfüllung und heroischer Ernte der Einheit der Nation. Nur in diesem Zeichen ist das nationale Rettungswort zu verkörpern.“

Die von dem Berliner Justizminister geleitete Delegation-Coverture Nr. 1 von Reichsminister Schulz einen würdigen Auftakt der letzten Delegation. Das zum Schluß gestellte Deutschland ist in seiner Eindringlichkeit die Bedeutung und den weltweiten Ernst der Stunde erkennen.

Antwort Brüning's an Hitler

Berlin, 18. Jan.

Die von Herrn Adolf Hitler veröffentlichte „Deutschkritik“ in dem Herrn Reichskanzler übermitlelt worden. Die Reichsregierung wird nicht verfallen, die darauf zu erzielende Antwort ebenfalls der Öffentlichkeit bekannt zu geben. (Ankündigung des Wolfbüchse.)

Reichspräsidentenwahl am 28. Februar?

Dr. Berchthold: unseres Berliner Büros

Nach dem "Vorwärts" sind die Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl so getroffen, daß mit dem 28. Februar als vorläufigem Wahltermin gerechnet wird.

Die Butter wird teurer

Dr. Berchthold: unseres Berliner Büros

Das Ergebnis der gestrigen Kabinettbesprechung über das neue Agrarprogramm wird, schon um der Spezialisation keine Handhabe zu bieten, vorerst vertraulich behandelt.

Einzelne Vorläufer der letzten Dank eine Erhöhung des Butterpreises um das Dreifache nämlich von 50 auf 150 Mark für den Doppelzentner vorlag.

Ob dem Interesse der deutschen Landwirtschaft durch die neue Preiserhöhung wirklich geholfen wird, muß sich freilich erst in der Praxis erweisen.

Abfiche von der Weltwirtschaft?

Telegraphische Meldung

In einer Geheimratsbesprechung des Völkerverbundes Dödenburg-Bremen richtete der Präsident des Völkerverbundes, Graf Kaldenbach, folgende Anfrage gegen die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung.

Washington, 19. Jan. Das Repräsentantenhaus nahm den Bericht vom Senat gebilligten Kredit von 400 000 Dollars für die Ausgaben der amerikanischen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf an.

Die lebendige Schnur

Erzählung von Kurt Wiehle

"Ach, das der Galtner Baron von Wittich, das ist mir aber sehr interessant. Sie sind Detektiv? Sie haben, daß ich die nicht vor acht Jahren schon kannte, schließlich hätten Sie mir einen großen Dienst erwiesen können."

"Die lebendige Schnur?" fragte Ray. "Ich sehe schon, ich muß die Geschichte erzählen. Sagen Sie mir!" Der Galtner deutete auf ein großes Delphinbild, das an der Wand hing und eine weißhaarige, sehr schlanke und geistvoll aussehende Frau darstellte.

Der Baron schenkte einem Augenblick und sah nach dem Bildnis. Eine Bewegung zeigte über seine Lippen, daß er lachte. "Ich wurde an ihr Sterbepult gerufen. Noch im Todeskampf dachte sie an die lebendige Schnur, wollte mir mitteilen, wo sie lag. Sie konnte es nicht mehr. Die Verleumdung, murmelt sie immer wieder. Ich verlor mein Ohr durch ein Verhängnis. Die Verleumdung, sagte sie wieder, die Verleumdung. Das war alles, was ich verstehen konnte. Zwei Stunden später starb ich. Wir haben dann das ganze Haus durchsucht, alle Wände abgeklippt,

Die Baidoners im Lübecker Prozeß

Die Anklage des Staatsanwalts gegen Dr. Alstedt

Meldung des Wolffbüros

Lübeck, 18. Januar.

In der Nachmittags-Sitzung des Lübecker Prozeßes machte Staatsanwalt Freyherr von Westphalen Ausführungen über den Standpunkt der Staatsanwaltschaft zu der Anklage des Lübecker Anklägers. Es ergeht mit Anstand, so erklärte der Vertreter der Anklage, schon jetzt den grundsätzlichen Standpunkt der Staatsanwaltschaft zur Entschcheidung des Lübecker Anklägers darzulegen.

daß die Ursache dieses furchtbaren Unglücks in einer Verurteilung oder Verweigerung der PCC-Kulturen mit dem Kaiser Stammhammer liegt in jedem Fall.

Man müsse Dr. Alstedt den guten Glauben zubilligen. Alle juristischen Laienbegründungen, so führte der Anklagevertreter weiter aus, liegen aber vor in folgenden vier Punkten: Dr. Alstedt hätte andere Experten fragen müssen. Warum erkundigte er sich nicht ebenso wie Dr. Braunschweig in Paris? Die Einrichtung eines Speziallaboratoriums war unbedingt erforderlich.

„Politische“ Revolverkammer

Zwei Tote, sieben Verletzte, 50 Verhaftungen

Meldung des Wolffbüros

Berlin, 18. Jan.

In der Landeskolonie Jellens in Reinsdorf-Dorf am Schönlager See kam es heute früh gegen 04 Uhr zu einer schweren Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Bei den Toten handelt es sich um den 60jährigen Professor und Kommunisten Ernst Schwarz aus

Die Antwort fällt aus

Drablung auf Londoner Vertreter

London, 18. Jan.

Außerordentliche Erregung verursacht die Mitteilung des Außenministeriums, daß die Arbeiten an einem neuen seismologischen Meeresflugboot, das das größte der Welt werden sollte, plötzlich aus Sparmaßnahmen Gründen eingestellt worden seien.

Das Flugboot hätte 6 Motoren von je 825 PS haben, eine Flügelspanne von fast 60 Meter und eine Höchstgeschwindigkeit von 200 Stk. Am. dessen. Es war ausdrücklich als englische Antwort auf das deutsche Flugboot Do X gedacht.

Menschenverlustfällen, unter allen Umständen nachgehen müssen. In allen diesen vier Punkten ist eine Reaktion gegeben. Hier liegt eine Willens- und Verhandlungssache des Angeklagten vor.

Hätte Dr. Alstedt andere Experten gefragt und ein Speziallaboratorium gefordert, so wäre das ganze Unglück vermieden worden. Mit Ausnahme von 12 Sänglingen, deren Tod nicht in Zusammenhang mit der Bitterung stand, und von 12 Säuglingen, die keine Schädigungen erlitten haben, sollte für alle Kinder, die getötet worden sind und daran erkrankten oder starben.

Dr. Alstedt die Schuld zur Last, da er ihre Abwehrleistung beim ihren Tod verurteilt hat. Ein Verstoß des Angeklagten im strafrechtlichen Sinne liegt vor.

Das Verbrechen des Angeklagten ist, wenn man ihm alle unglücklichen Opfer zur Last legt, ungeschwieger.

Es ist ein Verbrechen von nie dagewesener Art. Der Angeklagte hat gehandelt wie ein Kapitän, der ein Schiff fährt, das ausgerichtet ist mit den besten Maschinen, aber dessen Besatzung der Unwissenheit und das Verblenden war mit großem Risiko und keine Rettungsversuche machte, weil der Kapitän die Ueberzeugung hatte, dieses Schiff könne nicht untergehen.

Eine hohe Strafe ist am Platz.

Dr. Alstedt hat menschen furchtbar und ungeheuer unter dem Unklug gelitten. Als Mensch sieht der Angeklagte unangefochten da. Er hat im guten Glauben gehandelt und das Beste gewollt. Die größte Tragik wird für den Angeklagten aber darin liegen, daß auch eine Strafe und deren eventuelle Verhängung ein Verbrechen für ihn nicht bringen wird. Sein Name wird in der Geschichte der Medizin mit dem Blut des Todes von Lübeck verknüpft sein.

Frohman, der der nationalsozialistischen Partei angehört, und um den 56 Jahre alten Arbeiter Feig Klement aus der Kolonie Jellens, der der K.P.D. angehört. Der Kaufmännler wurde durch einen Schuß in die Person getötet.

Die politische Polizei und die Arbeitskommission weilen zur Klärung des Tatbestandes an Ort und Stelle. Weiter wurden etwa 50 Verhaftungen vorgenommen. Die Verletzten wurden nach ihrer Vernehmung dem Krankenhaus Reinsdorf zugeführt.

Paris, 19. Jan. Eine japanische Nachrichtenagentur meldet aus Waiden, die innere Mongolei habe beschlossen, an der Schöpfung einer neuen Republik teilzunehmen, die binnen kurzem in der Wandschüre gebildet werden soll.

„Wo Ihre Gattin lagte“

„Wo?“ - „Im Dach.“

„Aber in welchem Dach?“ „Das letzte hat sich unter dem Krummholz. Schlug das Fiedelblatt auf und deutete mit dem Finger darauf. Das Wohltemperierte Klavier, das der Baron vor. Von Johann Sebastian Bach.“

Dann tat er einen Schrei und sank in den nächsten Sessel. Ray aber griff in die Brusttasche und holte einen Brief heraus. „Das ist ein Brief, im Johann Sebastian Bach. Ein geschlossener Umschlag. Ich habe ihn geöffnet und gelesen, und ich hoffe, Sie werden mir das nachträglich verzeihen. Der Inhalt, die lebendige Schnur, liegt unter der letzten Ulme der großen Parkallee.“

Prof. Otto Klemperer dirigiert das heutige Konzert des Philharmonischen Vereins, in dem er mit dem verstärkten Nationaltheaterorchester Bruckners Fünfte Sinfonie aufführen wird.



Badische Politik

Kommunistisches Volksbegehren auf Landtagsauflösung

Wie die „Arbeiter-Zeitung“ mitteilt, hat der durch das badische Innenministerium für Montag beim verhöbten Landtag für seine Forderung im neuen badischen Viererblock angekündigt. Die dortige Politik hat nichts einzuwenden, da es sich um eine geschlossene Verhandlung handelt.

Auf dem Kongreß erklärte das ehemalige sozialdemokratische Mitglied des Preussischen Landtags, Dr. Decker, ihren Uebertritt zur Kommunistischen Partei. Dr. Decker war noch in der letzten Legislaturperiode sozialdemokratischer Stadtvorsteher in Mannheim. Die Delegierten der Kommunistischen Partei teilte auf dem Kongreß mit, daß die K.P.D. badens ein Volksbegehren gegen die badische Regierung und auf Auflösung des badischen Landtages einleite.

Letzte Meldungen

Schiedspruch in der badischen Textilindustrie

Freiburg, 19. Jan. In der badischen Textilindustrie wurde durch einen Schiedspruch des Reichs, abgenommen vom 7. März 1937 wieder in Kraft genommen. Die Arbeiter haben in der Sitzung die Erklärung abgegeben, daß sie den Schiedspruch nicht annehmen werden.

Ein drittes Todesopfer des Granatzüblers

Mannheim, 19. Jan. Die schwere Granatzüblerexplosion vom Sonntag hat ein drittes Todesopfer gefordert. Ein fünfjähriges Mädchen, das in Eisenplatten im Keller lagte, von denen einer in Schindeln im Obergeschoss durchschlug, ist im Krankenhaus gestorben. Ein sechsjähriges Knabe ringt mit dem Tode; er wurde von 12 Splittern getroffen.

Heberfall auf einen Stellwerksbeamten bei Rheinfelden

Mannheim, 19. Jan. Kurz nachdem der Kaiserliche Verlesungsrichter 1930 Uhr der Rheinischen Rheinfelder Station wurde, wurde auf dem Beamten eine Bombe beim Bahnhof gelassen. Der Beamte wurde verletzt. Ein bisher noch unbekannter Täter soll auf den Beamten zwei schwere Schüsse abgefeuert haben, die jedoch ihr Ziel verfehlten.

Ein Spion aus dem Straßburger Gefängnis entwichen

Paris, 19. Jan. Nach Wittermeldungen aus Straßburg ist dort ein Spion, der wegen angeblicher Spionage für die USA in den Straßburger Gefängnis verurteilt worden war, entwichen. Der Betreffende, namens Ullrich, sollte gebeten werden, die Untersuchungsrichter vorzuführen zu werden, da er Entschuldigungen zu machen habe. Als kein Verhör zum Gefängnis ins Gewicht erzielte, beschloß er einen Ausbruch der Straßburger Gefängnisse.

Der Präsident ist die letzte noch wiederbelebten werden

Nach den Wittermeldungen soll Ullrich seine Flucht mit Hilfe von Helfershelfern bewerkstelligt haben.

Amerikaner bitten Ronald um Freilassung Gandhi

New York, 19. Jan. 1936 führende kirchliche Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten haben in einem Telegramm Ronald um die Freilassung Gandhis gebeten, damit dieser an der Lösung des indischen Problems mitarbeiten könne.

„Und wie“, fragte er stumm der Baron, „haben Sie das gefunden?“

„Bei meinem Spaziergang durch das Schloß. Da war ich in das Musikzimmer gefahren. Sie wissen wissen, daß ich ein großer Bachfreund bin. Ich habe viele Bach leidenschaftlich gern und ich bin sehr dankbar für den Klang anzuhören, der im Musikzimmer stand, und ich habe sofort die Gedankensammlung: Klavier, Bach. Und da Sie mir wenig Minuten vorher ein „Bach“-Problem aufgegeben hatten, dachte ich mir die Antwort, die offenbar lang nicht denagiert waren, nach den Werken Johann Sebastian Bach zu durchstöbern.“

Das Nationaltheater (zitiert mit: Heute ist erste Veranstaltung zum Gedächtnisjahr 1932 in zwei Vorkonzerten, 8.11.11.11. - Da am letzten Sonntag wieder zahlreiche Besucher der 1931. Vorstellung vor anvertrautem Hause umfassen wurden, wird erneut daran erinnert, Karrierebestrebungen möglichst frühzeitig vorzunehmen, der Vorverkauf ist bereits im Gange, Verkaufsstellen: Nationaltheater, Hofgarten und Vorverkaufsstellen - Die Vorstellung „Der Sibirier“ am Sonntag, dem 23. Januar ist in Abänderung der auf den Wochenspielen enthaltenen Angaben nicht in Rote C, sondern in Rote A.

Kammermusikabend in der Harmonie. In Konzertverein a. V. Mannheim, der wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Jahre nur zwei Kammermusikabende zur Durchführung veranlassen den ersten dieser beiden Abende am kommenden Freitag, dem 22. Januar in der Harmonie D. 3. 6. Das in letzter Zeit besonders hervorgeratene Trio der Pianisten K. und K. Quartett wird an diesem Abend ebenfalls großes Streich-Quartett op. 187 von Gade G. dur. op. 77 Nr. 1 und Strauss' Streich-Quartett G-dur spielen.

21 neue Triebwagen

Die Deutsche Reichsbahn, die 21 Triebwagen mit Verbrennungsmotoren für den Fernverkehr und 4 derzeitige Triebwagen für den...

In der Bahre Karl Hechlers

Mannheim's Sängerkorps nahmen gestern nachmittags Abschied von einem ihrer Senioren, von Karl Hechler, dem Ehrenpräsidenten des Mannheimer...

Projektor Dr. C. H. der als Verhandlungsmittel die Verdienste Karl Hechlers um die Liedertafel eingehend würdigte...

Auch der Bundesvorsitzende Dr. Meyer sprach mit tiefer Verehrung von dem Verstorbenen.

desen Tod einer der Schwersten Verluste sei, der den Mannheimer Sängerkorps in den letzten Jahrzehnten...

Auch dem Stadtrat Mannheim, Erbkönig hat sich dem Mitglied eine 14 Jahre alte Tochter, Ursula, angeschlossen...

Kirchenrat Stefan Maier sprach das Gebet, das er mit dem Hildebrand einleitete: „Bei Gott bis in den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben.“...

Film-Rundschau

Universum: „Palmen und Pyramiden“ Der am Sonntag vormittag im Kaiserpark gezeigte...

Karnavalistische Sitzung des „Jugendklub“ Die letzten Mannheimer Dancesänger...

Tageskalender

Nationaltheater: „Die Frau von Orleans“ 8 Uhr. Apollo-Theater: „Die Frau von Orleans“ 8 Uhr. Schauspielhaus: „Die Frau von Orleans“ 8 Uhr.

Ärzte zeigen einen schnellen Weg zur Beseitigung von Erkältungen

Durch Vernachlässigung seiner Erkältung bestand die Gefahr einer Lungenentzündung. Viele viele Leute — wie z. B. Herr Robert Vogl — brauchen eine Erkältung nicht länger wegen der...

Eine in Krankenhäusern erprobte Methode — das Ideal für den Hausgebrauch in diesem Lungenentzündungswetter.



Die Krankenhausärzte wissen, daß jede gewöhnliche Erkältung, wenn sie nicht frühzeitig und rechtzeitig behandelt wird, eine Lungenentzündung nach sich ziehen kann...

Die schnelle Beseitigung einer Erkältung durch ein von Ärzten empfohlenes Verfahren.

Das Fräulein Elise Ganner — wie sehr viele andere Leute — rechtzeitig den Rat ihres Arztes befolgte, hat sie mit der sehr schnellen und unschmerzhaften Beseitigung eines Hustens...

Beseitigung von Schnupfen durch Anwendung einer angenehmen Methode.

Herr Karl Reinhardt jagt sich eine schwere Erkältung zu, der ich durch die Anwendung von Ayer's Pectoral...



Trockener Husten des Kindes — die Sorge der Mutter. Nach Frau O. Turant geht es den dankbaren Eltern...

Der Bürgerversammlung tagt sieben Stunden

Die Tagesordnung wird trotzdem nicht erledigt - Weiterberatung am heutigen Dienstag - Die Tarifenkung der Straßenbahn wird mit zwei Änderungsanträgen angenommen, die Senkung der Gas- und Strompreise unter Ablehnung aller Anträge nach dem städtischen Vorschlag

Die gestrige Bürgerversammlung, die neun Stunden dauerte, nahm einen nicht so klärenden Verlauf wie die letzte. Der Oberbürgermeister hat unter anderem die Ehre, einen neuen Vortrag zu machen, das so lautet, daß der Redner, der sich nicht fühlt, nicht mehr verhandeln kann. Der Vortragende machte von diesem neuen Rederprechungsinstrument wieberholt Gebrauch, aber auch vom Gang und noch mehr von der Wocde. Aber die Verhandlungen brauchen wenigstens nicht wie das letztmal unterbrochen zu werden. Dafür stößt der Redner in endloser Länge. Drei Stunden debattierte man allein über den Sitzungsbericht mit dem Ergebnis, daß der Stadträtliche Bericht mit zwei Änderungsanträgen angenommen wurde.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich eröffnet am 4.05 Uhr die beschlossene Sitzung, indem er mit der Begrüßung des Kollegiums im neuen Jahre der Hoffnung Ausdruck gibt, daß das gewiß nicht leichtere Jahr 1932 der Stadt Mannheim Besserung bringen möge. Nach der Bewilligung des nationalsozialistischen Stadtrats Beschlusses, der an die Stelle des im Stadtrat vorgeschlagenen Stadtrats tritt, nimmt der Vorsitzende zunächst zu einem kommunikativen Geschäftsordnungsantrag Stellung, der den Oberbürgermeister auffordert, Schritte zu unternehmen, die dem

Verbesserten kommunikativen Stadtrats

Die Teilnahme an den Verhandlungen ermöglicht hätten. Der Bürgerausschuß ist, so bemerkt Dr. Heimerich, kein Landes- oder Reichsparlament. Es können ihm insofern besten aus keinerlei Möglichkeiten zur Verfügung, dafür zu sorgen, daß der Stadtrat in der Sitzung anwesend sein könne.

Stadtr. Böckler (Kommunist) beantragt, die Verbesserung von Grundfragen, die als einziger Punkt auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung steht, scharf hervorgehoben zu werden. Des weiteren protestiert der Redner dagegen, daß der Oberbürgermeister „unbillige Maßnahmen“ trifft, um die Besucherzahl der Galerie herabzusetzen. Die kommunistische Fraktion strebt auf dem Standpunkt, daß die breite Öffentlichkeit zugelassen werden sollte, solange noch Platz sei. Der Geschäftsordnungsantrag sei eingehakt worden, weil der Wunsch besteht, wiederum in einer Zeit verhandelt werden zu können, die erwünscht sei. Seine Fraktion protestiert auch an dieser Stelle gegen den Polizeierlass, der besonders gegen die Kommunisten angewendet wurde. Wenn der Oberbürgermeister glaube, nicht über diesen Antrag abstimmen zu können, so könne er nur sagen, daß der Oberbürgermeister noch sozialistische Methoden verfolge, die revolutionäre Einheitsfrontbewegung zu überwinden.

Dr. Heimerich: Das geht über die Geschäftsordnung hinaus. Stadtr. Böckler:

Herr Oberbürgermeister, Sie lassen im neuen Jahre schon wieder lächeln an.

(Große Heiterkeit). Dr. Heimerich: Ich kann Ihnen dieses Kompliment zurückgeben. Stadtr. Böckler: Wir stellen weiter den Antrag, daß an Stelle des verbesserten Stadtrats ein Vertreter des Arbeiterparlamentes (sozialistischer Partei) in der Sitzung sprechen darf. Dr. Heimerich: Ich möchte gleich sagen, daß die Galerie sich jeder Ausgabegabe zu enthalten hat. Bezüglich des kommunikativen Antrages auf öffentliche Beratung nichtöffentlicher Punkte, der in jeder Sitzung gestellt wird, bemerkt der Oberbürgermeister, daß darüber in ständiger Weise in der öffentlichen Sitzung entschieden werde. Bezüglich der auf der Galerie zugelassenen Besucher erinnert er den Stadtr. Böckler daran, daß der Stadtrat am 10. Juni 1931 beschlossen habe, die Zahl der Besucher auf 100 zu beschränken. Die Kommunisten wägen: Abweisen! Der zur Geschäftsordnung gestellte Antrag bezüglich des Stadtrats ist ohne offene Erklärung ein. Er habe sich heute morgen mit dem Oberstadtschreiber in Verbindung gesetzt und die Mitteilung erhalten, daß

wegen des Stadtrats Böckler ein Verfahren wegen Verhinderung zum Hochverrat laufe.

Anträge bei den Kommunisten. Infolgedessen besteht keine irgendwelche Hoffnung auf Gegenüberkommen. Der Antrag habe übrigens mit der Geschäftsordnung nichts zu tun. Stadtr. Böckler: Sie haben etwas verzerrt. Wir haben den Antrag gestellt, daß ein Vertreter des Arbeiterparlamentes an Stelle des Stadtrats in den Verhandlungen teilnehmen darf. Dr. Heimerich: Das ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig. Was Ihnen missfallenden Präzedenz, das recht bedeutende Verpfändung auf den weiteren Verlauf der Sitzung eröffnet, wird in die Tagesordnung eingetragen.

Verteilung von Straßen in Mannheims Gedenkeim

Stadtr. Schwäbeler (Soz.) empfiehlt namens des Stadtratsvorsitzenden die Annahme der Vorlage. Stadtr. Böckler (Soz.) nimmt sich als Gedenkeim der acht Kämpfer an, die, wie mißgöttlich, gegen das Wehrdienstverbot einmarschieren konnten. Stadtr. Hörsing (Kommunist) hält eine der wichtigsten Nebenfragen des kapitalistischen Systems, wobei er auf das kommunikativen Arbeitsbeschaffungsprogramm aufmerksam macht. Man dürfe nicht warten, bis die letzten 10 u. v. G. Bauarbeiter arbeitslos geworden seien. Stadtr. Dr. Waldert (D. Wp.) bittet bezüglich der Stellung der Wehrdienst in den bestehenden Staaten um Vorarbeiten. Dr. Heimerich laßt Prüfung und mögliche Berücksichtigung der Anträge zu. In der darauffolgenden Abstimmung wird der städtische Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Nationalsozialisten enthalten sich der Abstimmung.

Stadtr. Böckler behauptet sich darüber, daß den Wehrdienstverbot der kommunikativen Wehrdienst „Der Arbeiter“ das Betreten des Sitzungssaales nicht gestattet worden sei. Dr. Heimerich: Ich

weiß davon nichts. Sie müssen Ihren Presseverweiser vorzeigen.

Bereitstellung der Unterführung der Bahnhofsstraße unter der Bahnlinie Redarhals-Baldhof

Stadtr. Dr. Haas (D. Sp.) bemerkt, mit Rücksicht darauf, daß diese verkehrsüberfüllte Stelle zweckmäßig unterbaut werden sollte, glaube der Stadtratsvorsitzende die Annahme der Vorlage empfehlen zu sollen. Er richte aber an die vermittelnde Stelle die Bitte, daß bei den Verhandlungen mit der Reichsbahnverwaltung angestrebt werde, daß die Arbeiten von diesem Unternehmern ausgeführt werden. Stadtr. Mangner (Nationalsozialist) hält die Vorlage für nicht so dringlich. Man könnte dafür an der Unterführung hängig einen Verkehrsposten aufstellen, der die Aufgabe habe, die Geschwindigkeit der Autos auf etwa 15 km. zu erniedrigen. Die Fraktion ist für die Vorlage, wenn die Kosten nicht aus Anleihenmitteln bestritten werden. Stadtr. Ortel (D. Sp.) stellt fest, daß die Unterführung eine Gefahrenquelle schimmiger Art für Kraftfahrzeuge, Radfahrer und Fußgänger sei. Die Radfahrer müßten an der Unterführung von der Linken auf die rechte Straßenseite. Auch dieser Redner bittet, daß die Stadtwirtschaft ihren Einfluß dahin geltend macht, daß bei der Berechtigung der Unterführung keine Unternehmern beschäftigt werden. Stadtr. Dr. Wolfhard (Sozialist) begrüßt die Vorlage, weil sie unbillige Zustände beseitigt. Man dürfe sich beschuldigen, wenn nicht mehr Maßstäbe an dieser Stelle passieren. Die Vorlage sei eine unabhängige Notwendigkeit.

Stadtr. Roßer (Kommunist) wendet sich gegen die Stellungnahme der Nationalsozialisten. Das Schlagwort von der planlosen Weltwirtschaft sei angelehnt der Komplexität der Vorlage völlig desorientiert. Das Fehlen der Unterführung durch jahrelange und höherer sei geradezu mit Lebensgefahr verbunden. Die erforderlichen 60000 A müßten unter allen Umständen bereitgestellt werden. Auch die Verengung an der Kreuzung der Bahnhofsstraße mit der nach der Schule führenden Straße müsse beseitigt werden. Auch der Stadtr. Kindler (Soz.) (Kommunist) spricht sich für die Vorlage aus. Dr. Heimerich weist die Behauptung zurück, daß die Stadt schlechte Schuldenwirtschaft betriebe habe. (Große Heiterkeit) Die Verwaltung habe sich nicht leicht zur Vorlage entschlossen. Aber sie habe sich nicht auf die Unterführung verlassen, daß man überhaupt nicht mehr arbeiten lassen dürfe. Ferner sei sie der Ueberzeugung, daß die Verhältnisse an der

Der Straßenbahn-Tarif

Bürgermeister Dr. Böckler leitet die dreistündige Debatte mit dem Hinweis auf die finanzielle Wirkung der eingereichten Änderungsanträge ein. Stadtr. Dr. Haas macht darauf aufmerksam, daß die Vorlage mit der großen Preissteigerung der Reichsregierung zusammenhängt, von der sich die Stadt Mannheim nicht abschließen könne. Dem Stadtratsvorsitzenden seien weitere Erleichterungen erwünscht gewesen. Er schließt auf die wirtschaftliche Lage der Straßenbahn ab und rät, die Annahme der städtischen Vorlage empfehlen zu sollen. In den eingereichten Änderungsanträgen habe der Stadtratsvorsitzende noch nicht Stellung nehmen können. Es entspinnt sich nunmehr eine Nebenberührung zwischen dem Vorsitzenden und dem Stadtr. Dr. Ortel, weil Dr. Heimerich auf dem Standpunkt steht, daß

nach der Geschäftsordnung beratungsfähig. Stadtr. Wilhelm Fiedler (Komm.) unterbricht die Ausführungen seines Fraktionsvorsitzenden. Die Einführung der Kurzstrecke sei eine Maßnahme, für die jede rechtmäßige Unterlage fehle. Seine Fraktion wünsche dringend, daß geprüft werde, ob nicht in absehbarer Zeit die

Preis der Einzeljahreskarte herabzusetzen

werden können, zumal sie nicht der Meinung sei, daß alle Mannheimer Bürger in der Lage seien, sich ein Jahrabonnement zu 10 Pfennig und 1 Mark zu kaufen. Die Preisermäßigung bestimmter Gruppen lehnt der Redner ab, weil das Hebelwirkung für alle Klassen der Straßenbahn einseitig sein würde. Die Zentralfraktion sei selbstverständlich bereit, jeden gangbaren Weg zu gehen. Ignoranzanträge über könne sie nicht stellen. Stadtr. Heindl (Kommunist) lehnt die Vorlage ab. Als er von Schindler gegenüber dem vereinigten Rat und vom Stadtratsvorsitzenden, bemerkt Dr. Heimerich: Es wäre gut, wenn Sie Ihre Ausführungen etwas mäßigen würden. Als der Redner in der gestrigen Sitzung fortführte, wird er vom Vorsitzenden mit der Bemerkung unterbrochen: Herr Heindl, ich fordere Sie nochmals auf, sich meiner Geschäftsordnung zu fügen. Stadtr. Heindl: Ich werde mich nicht vom Herrn Oberbürgermeister tyrannisieren lassen in der Form, daß ich nicht sagen darf, was wahr ist. Dr. Heimerich: Sie dürfen durchaus sagen, was wahr ist, aber Sie haben dies in unzulässiger Form zu sagen. Viel nötig diese Ermahnung nicht. Der Redner bemerkt weiter, daß die Preisermäßigung in Wirklichkeit eine Preishöhung sei. Die Defizitfrage für die kommunikativen Anträge lehnt der Redner kurzer Hand mit dem Verweise, alle Beiträge, die bei den höchsten Gehältern über 200 A im Monat hinausgehen, zu kürzen, ebenso die Vorkosten und den Steuerzuschuß. Als er bemerkt, daß sich von Trampuschler bis Orth eine Einheitsfront gegen die Kommunisten gebildet habe, antwortet ihm scharf Böckler:

Um 6.15 Uhr tritt eine dreistündige Pause ein,

die zu Beginn der Beratungen der Vorlage vom Stadtr. Dr. Ortel gewünscht worden war, weil die Fraktion noch keine Gelegenheit gehabt hätte, zu den eingereichten Anträgen Stellung zu nehmen. Nach Wiederannahme der Sitzung bemerkt Stadtr. Fiedler (Kommunist), daß bei der Straßenbahn durchweg ein Abbau von 10 u. v. G. durchgeführt worden sei. Bei den Berufslehrlern sei er noch höher. Der Redner legt sich für ein Jahrabonnement für 10 Pfennig für drei Teilkarten ein. Sollte es nicht möglich sein, diesem Vorhaben zuzustimmen, dann würde seine Gruppe für den Antrag der Zentralfraktion einreten. Ferner ist der Redner für den Antrag der Sozialdemokraten, für Arbeiterklasse für alle Strecken einen Einheitsjahrespreis von 10 Pfennig einzuführen. Stadtr. Fiedler (Soz.) ist mit der Vorlage ebenfalls nicht zufrieden, weil die Tarifenkung zu 10 u. v. G. durch Kürzung der Gehälter und Löhne erfolge. Der Redner bittet, den sozialdemokratischen Antrag bezüglich zu behandeln. Wenn den Arbeitern die Möglichkeit wieder gegeben werde, zu fahren, werde das Defizit nicht vergrößert, sondern verringert. Der Antrag sei nicht auf die Sozial- und

kleinsten und Schüler ausgedehnt worden, weil er unbedingt angenommen werden müsse. Als ich der Redner gegen den kommunikativen Antrag wendet, daß sich der Stadtr. Böckler nicht zu verhalten. An der Stelle heißt es: Stadtr. Fischer bemerkt weiter, daß seine Fraktion den nationalsozialistischen Antrag ablehnt. Die Nationalsozialisten haben folgende Anträge gestellt: Es ist bekannt, daß seit längerem Verhandlungen über die

mit dem Ziele, die ansonsten verfallenden Betriebe in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, geführt werden. Wir erlangen im nächsten über den derzeitigen Stand der Angelegenheit. Stadtr. Fischer erklärt hierzu: Wir haben grundsätzlich zu erklären, daß wir unsere Zustimmung zu einer Zusammenlegung geben, wenn die DVG, und die Rheinpfalz in die städtische Straßenbahn einbezogen werden. In den Kommunisten gerichtet: Sie legen keinen Wert auf Ignoranzanträge. Stadtr. Heindl (Komm.) wendet sich gegen den 20 Pfennig-Tarif. Die DVG hätte auf ein früheres Dreiklassen-System zurückkommen sollen. Das ideale wäre ein Einheitspreis. Leider ist er bei der heutigen Linienführung nicht ausführbar. Die zwei Teilkarten sind kurzweilig betrachtet ein einziger Preis. Von der Stadtwirtschaft erwarre ich, daß der Redner mehr logische Verbindlichkeit für den Fraktionsrat, die Ermäßigung der Strecken sei viel zu gering. Der Stadtr. Fischer ist schließlich seinem Fraktionskollegen, indem er eine Erklärung aufmacht, wie die Teufelung der Maßnahmen durch die Anträge der Nationalsozialisten erfolgen kann. Im Ganzen rechnet der Redner 24000 Mk. Einparungen zur Verbilligung der Fahrpreise aus. Als er mit der Bemerkung schließt: Wenn wir hinankommen sind, dann wollen wir mit niedrigen Tarifen konkurrenz machen, hat er die Pöcher auf seiner Seite.

Weitererhebung der Tarifleistungen für die Tätigkeit der Ausgleichskommission beim Wietzeinigungsamt

Stadtr. Dr. Ortel (Soz.) bemerkt, daß die Stadtratsverwaltung die bei der Arbeit der Wietzeinigungsamt gegen die Wehrdienstverweigerung geübt werden. Aber im Hinblick auf die unzureichende Tätigkeit der Ausgleichskommission empfehle er die Vorlage. Nach kurzer Aussprache wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Unterführung wirklich unhaltbar seien. Anleihenmittel zur Behebung der Kosten würden nicht aufgenommen. In der darauffolgenden Abstimmung wird die städtische Vorlage angenommen. Die Nationalsozialisten enthalten sich wieder der Stimme.

Aufhebung von Gelände aus dem Waldverband

Die Vorlage wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Kreditverleihungen für außerordentliche Unternehmungen

Stadtr. Dr. Haas (Soz.) empfiehlt die Annahme der Vorlage. Stadtr. Ortel (Soz.) macht bei der Zustimmung zu der Vorlage auf die unangenehme Schuldenlage in Mannheim aufmerksam. Für 13 Schulden und 10 Hundstrecke stehen nur sieben Tausend zur Verfügung. Die Rinder müssen in der Nacht den Weimweg antreten. Viele Familien können das Mühen nicht gemeinsam einnehmen. Dr. Heimerich: Die Verwandtschaft des Antrages des Vorsitzenden mit der Vorlage scheint außer acht zu sein. Stadtr. Ortel: Es soll nur eine Anregung sein. Dr. Heimerich: Ich werde den Antrag dem Stadtrat auflegen. Stadtr. Dr. Fischer (Soz.): Der Antrag ist dem Stadtratsvorsitzenden zur Beilegung eingeschickt worden. Stadtr. Ortel bittet um Beschleunigung der Prüfung der Angelegenheit. Stadtr. Dr. Ortel (Soz.) bemängelt die Ueberprüfungen beim Finanzrat und Altersheim. Kreditverleihungen sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Dr. Heimerich weist bemängelt, daß die Kassen die Ueberprüfungen überlassen hätten. Bei Aufwendungen in Höhe von 21 Millionen Mark hätten die Ueberprüfungen noch nicht 60000 Mk. oder 1/3 u. v. G. betragen. In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Kaufleistung der Geschäftserhebung für die Tätigkeit der Ausgleichskommission beim Wietzeinigungsamt

Stadtr. Dr. Haas bemerkt, der Stadtratsverwaltung habe im Sinne des Preisabbaues Bedenken gegen die Geschäftserhebung geübt. Aber im Hinblick auf die unzureichende Tätigkeit der Ausgleichskommission empfehle er die Vorlage. Nach kurzer Aussprache wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Wieder ein Zwischenfall

Stadtrat Dr. Ortel (Soz.) fordert den Oberbürgermeister auf, weitere Schritte zu unternehmen, weil Stadtr. Heindl (Kommunist) gegen den Stadtr. Mangner das Rindfleisch gestreut habe. Stadtr. Heindl: Stadtr. Mangner soll wiederholen, was er gesagt hat. Stadtr. Mangner: Ich habe gesagt, der Redner der Kommunisten hat eine Stunde lang über den Tarif gesprochen. Heindl: Ich will nicht mehr, was Sie sagen. Dr. Heimerich: Ich möchte dringend bitten, gegenseitige Angriffe zu unterlassen und zu leben, daß wir die Sitzung in friedlicher Einmütigkeit beilege zu Ende führen. Stadtr. Roßer (Kommunist) ist mit der Tarifenkung nicht einverstanden. Der Oberbürgermeister habe selbst zugesehen, daß er die Gehalts- und Lohnsätze von 21 auf 10 Millionen A gesenkt habe. Die Einkommensgrenze der drei Bezirke sei der Anfang der Einkommensflutung der Straßenbahn, die seine Fraktion mit allen Mitteln verhindern werde.

Stadtr. Dr. Fischer macht einige grundsätzliche Bemerkungen. Da er dabei gegen die Kommunisten polemisiert, kommt es zu einem heftigen Wortgefecht. Im Interesse der Verständigung müßten die Streitigkeiten einseitig abgeklärt werden. Deshalb habe kein Fraktion bei der Straßenbahn und bei Gas und Strom Vorläufe gemacht, die eine Preisermäßigung sei. Die Vorläufe der Vermahlung bemerkt der Stadtratsvorsitzende, daß der Redner mit den Kommunisten schließlich der Oberbürgermeister die die Wocde und läßt das Rindfleisch erlösen. Stadtr. Heindl (Kommunist) erklärt, daß eine Gruppe für den Zentralantrag hinaus werde. Stadtr. Dr. Wolfhard (Sozialist) bemerkt, eine Gruppe habe keinen Antrag eingereicht, weil in der Fraktionsführerschaft der soziale der rindfleisch Wocde, insbesondere die Inflation, in den höchsten Stufen gemildert worden sei. Es gebe keinen anderen Weg, als die Erhöhung der Arbeiter, wenn man die Straßenbahn durch weitere Preisermäßigungen noch mehr befähige. Seine Gruppe werde dem Antrag der Zentralfraktion zustimmen, sei aber der Meinung, daß bei Annahme dieses Antrages das letzte Wort bei Stadtratsvorsitzenden komme.

Bürgermeister Dr. Böckler leitet die weitere Debatte abschließend fort,

Er bemerkt, daß bezüglich der Einkommensgrenze der Berufslehrlern ein Stadtratsbescheid vorliegt. Es sei klar, daß die Einkommensgrenze herabgesetzt werden mußte. Der Stadtrat sei über loyal zu fassen. In der Frage der Vermögensgrenze der drei Bezirke liegt ein Entwurf vor, der bis dahin noch nicht weiterverarbeitet wurde. Die bei der DVG sei besonders schlecht. Namens der Stadtwirtschaft erkläre er, daß die weiteren Anträge nicht angenommen können. Nach der Reduktion für die drei Teilkarten wird sich der Fraktionsrat der Straßenbahn um 40000 Mark weiter belegen. Im übrigen beklagt er, daß die Berechnungen der Kaufkraft durch die Tarifenkung nur Schöngedruck seien. Eine wesentliche Verbesserung ist nicht zu erwarten. Dr. Heimerich weist den Rindfleisch Streuer zurück, den Stadtr. Dr. Ortel bezüglich der Einkommensgrenze der Berufslehrlern geäußert hat. Dr. Ortel weist anhand der Statistik nach, daß die Stadtratsmitglieder vor der Sitzung in der der Antrag zum Beschluß erhoben wurde, schriftlich verhandelt wurde.

Die Abstimmung

Aus vor 8 Uhr kann endlich die Abstimmung vorgenommen werden. Zunächst wird über die Einzelfahrkarte abgestimmt, die sich auf die Einzelfahrkarte des Verkehrs...

Bei den Bahneinzelkarten für Berufsfahrer liegt der kommunalistische Antrag vor, den Preis für 1-3 Teilstrecken (12 Scheine) von 1,50 auf 1,20 M. zu senken...

Senkung der Gas- und Strompreise

Das Haus geht nunmehr zur Beratung der Stadtverordneten über die Senkung der Gas- und Strompreise über. Der Bericht über die Verhandlungen...

Der Oberbürgermeister legt sich in kurzen Ausführungen mit den Ausführungen des Hrn. Dr. Weitz...

Isoliertes Auseinandergehen

mit dem ihn zur Ordnung zuleisten Oberbürgermeister und der Sozialdemokratie. Stadtrat Sider (Nat.-Soz.) wird zweimal zur Ordnung gerufen...

Der Oberbürgermeister legt sich in kurzen Ausführungen mit den Ausführungen des Hrn. Dr. Weitz...

Schluss der Debatte

Der Antrag wird vom Hrn. Dr. Weitz (Stadtrat) angenommen, verfallt aber in der Abstimmung der Mehrzahl. Hrn. Dr. Weitz tritt für die Gleichstellung...

Bei den Bahneinzelkarten für Berufsfahrer liegt der kommunalistische Antrag vor, den Preis für 1-3 Teilstrecken (12 Scheine) von 1,50 auf 1,20 M. zu senken...

Die Nationalsozialisten haben ferner beantragt, den Höchstpreis der Monatsfahrkarte für eine Strecke von außerhalb des Rings nach außerhalb des Rings...

Der sozialdemokratische Antrag, den Arbeiterkategorien einen Einheitspreis von 10 Pf. einzuführen...

Die sozialdemokratische Vorlage, über die zuletzt abgestimmt wird, wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

den könne. Die Stadt könne nur im Rahmen ihrer Kraft dazu beitragen, die schleichende Not zu lindern. Ein Vorkommnis (Nat.-Soz.) bemerkt...

Ein Dr. Dircksler (Soz.) betont, daß seine Partei sehr viel an der Erhaltung der Wohlfahrtsvereine gelegen sei. In den Ausführungen des Nationalsozialisten...

Bürgermeister Siderer stellt fest, daß die angegebenen Forderungen an genaue Berechnungen bedürfen. Oberbürgermeister Dr. Heimerichs...

Die Abstimmung

In der nun folgenden Abstimmung werden sämtliche Änderungsanträge mit wesentlichen Modifikationen abgelehnt...

Als der Oberbürgermeister den nächsten Punkt der Tagesordnung aufzurufen will, beantragt gegen 11 Uhr Stadtrat Dr. Dircksler (Nat.-Soz.)...

* Kirchheimbalden, 12. Jan. Vor dem Viehgen Gericht hand der jahrelang verdienstliche 50 Jahre alte Lagerer Otto Krauch...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Januar. Table with columns for date, time, and water level measurements.

Das Geld eines Dienstmädchens veruntreut

Schöffengericht Heidelberg

Heidelberg, 18. Jan.

Ein Dienstmädchen hatte einem fleißigen verheirateten Kaufmann ein auf eine Schweizer Kasse lautendes Sparbuch übergeben. Er sollte 200 M. daraus abheben...

Vorhaft mit Hausverbot. Ein unverheirateter Dieb ist der 19 Jahre alte Tagelöhner Josef Pfeifer aus Weidenheim. Er verkaufte...

Drei Monate Gefängnis für schuldig erklärten. Der 28 Jahre alte Schuhmacher Friedrich Vogt aus Kirchardt...

schuldig erklärt. Der Angeklagte schritt sich selbst gefährdet. Der Angeklagte schritt sich selbst gefährdet...

Der Hund zu hochpreislichen Zwecken. Die moralische und heilige Verfassung eines gewissen Teils der heutigen Jugend...

Nach Ansicht seines Komplexen, des Vulkaniseurs war er trotz Nachhaft an die 'Gefahr' des Bundes gebunden. Der Staatsanwalt warnte davor...

Aus Baden

Heidelberg, 18. Jan.

Der Heidelberger Einzelhandel hat einen Umsatzrückgang von 18 Prozent im Januar bis 2 Februar im Vergleich mit dem Vorjahr...

Schwerwundel eingekerkert. Erdmannsweller bei Wilmanns, 18. Jan. In den frühen Abendstunden am Sonntag...

Planfuss, 18. Jan. Bei der im Gemeinderat abgehaltenen Familienfeier der Turngemeinde...

K. Redargemünd, 17. Jan. Der Verband Deutscher Jugendherbergen veranstaltete in der Turnhalle...

Kleine Nachrichten

Frankenthal, 18. Jan.

Ein schwerer Brand. Ein schwerer Brand in einem Hause bei der Schloßstraße...

Verstorbene a. M., 18. Jan. Ein schwerer Schaden wurde erneut dem Proprietärsbesitzer...

Wasserkraft. Ein schwerer Schaden wurde erneut dem Proprietärsbesitzer...

Wiesbaden, 18. Jan. Beim Holzfahren an der Ringerstraße bei Wiesbaden...

Sperre, 18. Jan. Durch Ministerial-Erlassung ist das Verbot...

Städtischer Feuerdienst

Städtischer Feuerdienst. Bericht über die Feuerwehreinheiten...

Schöne weiße Zähne: Chlorodont. Unter-Vorkriegspreise!

